

28. Mai 2005, Neue Zürcher Zeitung

## Keine Stärkung des Atomsperrvertrags

### Ende der New Yorker Konferenz ohne Konsens

**Die siebte Konferenz zur Überprüfung des Atomsperrvertrags ist am Freitag ohne die Verabschiedung inhaltlicher Empfehlungen zu Ende gegangen. Sie war nicht in der Lage, sich auf substantielle Aussagen zur Stärkung des Vertragsregimes zu einigen, das als wichtigster Pfeiler zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen gilt.**

bt. New York, 27. Mai

Bereits Stunden vor dem offiziellen Ende der siebten Konferenz zur Überprüfung des Atomsperrvertrags in New York am Freitag war klar geworden, dass die vierwöchigen Verhandlungen ohne substantielle Beschlüsse enden würden. Seit Donnerstag war praktisch nur noch über technische Fragen diskutiert worden. Im Plenum am Donnerstagvormittag hatte der Konferenzpräsident, der brasilianische Botschafter Sérgio de Queiroz Duarte, zwar trotz fehlendem Konsens erklärt, er wolle in den Hauptkomitees weiter nach Möglichkeiten für die Annahme eines Schlussdokuments suchen. Dieses enthält nun, so zeigte sich am Freitag in der Plenarsitzung, aber nur Dokumente zu organisatorischen und prozeduralen Fragen der Konferenz. Selbst der Zusatz zur Konferenzagenda, der auf die Beschlüsse der früheren Überprüfungskonferenzen von 1995 und 2000 mit Zugeständnissen der Atommächte verwies, war am Donnerstag noch gestrichen worden. Damit steht die siebte Überprüfungskonferenz ohne ein Schlussdokument mit inhaltlichen Erklärungen da.

### Nicht das erste Mal

Ein solcher Abschluss der alle fünf Jahre stattfindenden Konferenz zum Atomsperrvertrag ist allerdings kein Novum. Bereits die Konferenzen 1980 und 1990 hatten ohne eine Schlusserklärung geendet. Verschiedentlich wurde schon in den letzten Tagen angemerkt, dass keine Erklärung immer noch besser sei als eine, die hinter das Erreichte von 1995 und 2000 zurückfalle. Auch bedeute das Fehlen einer Schlussdeklaration nicht, dass in einzelnen Punkten nicht doch Fortschritte gemacht würden oder sich zumindest abzeichneten - konkret erhofft man sich zum Beispiel, dass die blockierten Verhandlungen an der Abrüstungskonferenz in Genf wieder in Gang kommen könnten.

Die Amerikaner hatten signalisiert, dass sie erhöhtes Interesse am Beginn von Gesprächen über den seit langem versprochenen Cut-off-Treaty haben, einen Vertrag, der die Produktion von weiterem Spaltmaterial unterbindet. Allerdings bringt eine solche Limitierung der Herstellung von Spaltmaterial den grossen Nuklearmächten kaum eine Einschränkung, da sie über grosse Arsenale von hochangereichertem Uran und Plutonium verfügen. Zudem haben die Chinesen bisher immer die Bedingung gestellt, dass gleichzeitig mit Verhandlungen über einen Cut-off-Treaty auch solche über ein Verbot von Waffen im Weltall geführt werden, eine Forderung, die wiederum von den Amerikanern abgelehnt wurde.

Die an die Beschlüsse des Plenums anschliessenden Erklärungen, die von einzelnen Staaten abgegeben wurden, begannen mit Kanada und Japan, die beide das enttäuschende Resultat angesichts der vielen anstehenden Probleme bedauerten. Sie hielten fest, dass damit die Gefahr einer Schwächung des Atomsperrvertrags einhergehe, und forderten zugleich, dass nun andere Gremien - sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf der Ebene der Staatsspitzen - sich vermehrt um die Fragen der Nichtverbreitung von Atomwaffen kümmern müssten. Positiv vermerkt wurde, dass in New York immerhin wichtige Aspekte des Vertrags diskutiert worden seien, auch wenn keine Konsenslösungen gefunden werden konnten.

Angesprochen wurde von Japan neben verstärkten Kontrollmechanismen zur Verhinderung der Nichtweiterverbreitung insbesondere der Artikel X des Vertrags, der den Austritt von Mitgliedstaaten ermöglicht und der von Nordkorea in Anspruch genommen wurde. Auch setzte man auf die verschiedenen multilateralen Gespräche, die einerseits mit Iran und andererseits mit Nordkorea geführt werden und die verhindern sollen, dass diese Länder schon bald zu den Atomstaaten gezählt werden müssen. Betont wurde auch der Wert des Zusatzprotokolls der Internationalen Atomenergieagentur, verstärkter Exportkontrollen und der vor einem Jahr vom Uno-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolution zum Kampf gegen Nuklearterrorismus sowie der der Uno-Generalversammlung vorgelegten entsprechenden Konvention.

## Zu wenig politischer Druck

Kritisiert wurde ausserhalb des Plenums nicht nur die Sturheit vieler Staaten. Mancherorts hiess es auch, der Konferenzpräsident habe sich wohl zu wenig für ein positives Ergebnis engagiert. In der Tat, das wurde zum Teil auch an den Rednerpulten bedauert, war der grösste Teil der Zeit für prozedurale Fragen aufgebraucht worden. Diese Geplänkel dürften aber vor allem ein Zeichen für den mangelnden Willen zu konstruktiven Lösungen gewesen sein. Bemängelt wurde denn auch, dass bei den wichtigen Staaten kaum ein entsprechender Wille auf höherer politischer Ebene spürbar gewesen sei. Robert McNamara, der die Kubakrise im engsten Kreis von Präsident Kennedys Beratern miterlebt hatte, hatte die Konferenzteilnehmer denn auch bereits zu Beginn der letzten Verhandlungswoche an der Uno aufgefordert, notfalls ohne die USA gegen die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen aktiv zu werden. Auch erklärte der mit bald 90 Jahren noch immer sehr vitale ehemalige Verteidigungsminister, die Situation sei heute bei den nach wie vor grossen Nukleararsenalen von Moskau und Washington und angesichts der Gefahr eines versehentlichen Auslösens immer noch sehr, sehr gefährlich. 2000 der 6000 strategischen Atomsprengeköpfe seien weiterhin innerhalb von 15 Minuten abschussbereit.

### Mehr zum Thema:

[Kommentar: Die verpasste Chance von New York](#)

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2005/05/28/al/articleCUR2L.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

28. Mai 2005, Neue Zürcher Zeitung

## Die verpasste Chance von New York

Früher als erwartet hat der brasilianische Botschafter Sérgio de Queiroz Duarte in New York an der siebten Konferenz zur Überprüfung des Atomsperrvertrags die inhaltlichen Verhandlungen beendet. Das Resultat ist dürftig. Den Vertragsstaaten ist es nicht gelungen, mit einem entsprechenden Schlussdokument dem Nuclear Nonproliferation Treaty (NPT) politisch neue Kraft zu verleihen. Und dies, obwohl eine Revitalisierung für dringlich gehalten wird und von allen Seiten immer wieder betont wurde, wie erfolgreich der NPT bisher gewesen sei. So habe man bei seinem Inkrafttreten vor 35 Jahren trotz allen Bemühungen damit gerechnet, dass es neben den fünf Atomstaaten Amerika, Sowjetunion, England, Frankreich und China schon bald weitere Länder mit Nuklearwaffen geben werde. Neben Indien und Israel mit damals bereits weit fortgeschrittenen Atomprogrammen seien seit 1970 jedoch nur Pakistan und (vermutlich) Nordkorea dazugestossen.

Umso erstaunlicher ist es auf den ersten Blick, dass am Hauptsitz der Uno in New York nicht mehr Einigkeit herrschte. Aber gerade der Erfolg könnte es sein, der die Vertragsstaaten träge hat werden lassen. Die USA sind seit dem Ende des Kalten Kriegs militärisch die unangefochtene Nummer eins, und nach der unbegrenzten Verlängerung des Atomsperrvertrages an der fünften Überprüfungskonferenz 1995 ist ihr Interesse an diesem Abkommen deutlich gesunken. Seit dem Amtsantritt von Georg W. Bush als Präsident 2001 setzen sie ohnehin in erster Linie und demonstrativ auf die eigene Stärke und ziehen bilaterale Lösungen multilateralen Vereinbarungen vor. Das ist zwar nachvollziehbar - ob es aber auch klug ist, ist eine andere Frage.

Denn auch die übrige Welt hat sich aus der Erstarrung des Kalten Krieges mit seinen Bedrohungen gelöst. Mit dem Ende des Blockdenkens und der rasch fortschreitenden Globalisierung hat sich der Handlungsspielraum vieler Länder ausgeweitet. Deren Beziehungen sind vielfältiger, die Bedrohung weniger eindeutig geworden. Seit die Schrecken des Rüstungswettlaufs zwischen Washington und Moskau Vergangenheit sind, ist die Bereitschaft kleiner geworden, zugunsten einer verstärkten Sicherheit weiter auf eigene Optionen zu verzichten.

Die Voraussetzung zu einem solchen Verzicht wäre zweifellos ein entsprechend verbindliches Entgegenkommen der noch einzigen Supermacht. Konkret ist es wohl unrealistisch, von den Staaten ohne Atomwaffen zu erwarten, dass sie erneut einseitige Auflagen akzeptieren, wenn Amerika nicht zu weiteren Konzessionen im Abrüstungsbereich und zu mehr Transparenz bereit ist. Das nukleare Zweiklassensystem des Atomsperrvertrags hat bei ihnen schon immer Unmut geschürt.

Als Beispiel sei nur der Vorschlag erwähnt, die militärisch nutzbaren Techniken zur Anreicherung von Uran und zur Wiederaufarbeitung von Brennstoff, bei der Plutonium anfällt, einigen Staaten vorzubehalten. Für die meisten Länder hiesse dies, bei der Versorgung ihrer Kernkraftwerke mit Brennstoff gezwungenermassen von diesen wenigen Lieferanten abhängig zu sein. Gerade ein Amerika, das nicht viel von multilateralen Verträgen hält, erscheint aber als kein verlässlicher Garant für ein solches Regime. Das sieht man nicht nur in Teheran so.

Gleichzeitig trifft es nicht zu, dass die «nukleare Option» militärisch wertlos geworden wäre. Auch dies demonstriert Washington. Es zweifelt denn auch niemand daran, dass, sollte das Ausscheren aus dem Atomsperrvertrag einmal Schule machen, verschiedene Länder rasch Nuklearwaffenprogramme entwickeln werden. In einer Welt, in der Macht in vielen Fällen immer noch wichtiger ist als Recht, sind Atomwaffen besonders attraktiv. Eine solche Entwicklung könnte längerfristig selbst für Amerika und seine Vormachtstellung zum Problem werden.

Ein starkes und glaubwürdiges Regime des Atomsperrvertrags dagegen, das unter der Führung der USA sukzessive so weiterentwickelt wird, dass es wirksam ist und zugleich als fair akzeptiert wird, würde langfristig auch Amerika entlasten und nicht zuletzt den Kampf gegen den Terrorismus erleichtern. In New York allerdings wurde diese Chance verpasst.

bt. (New York)

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:** <http://www.nzz.ch/2005/05/28/al/kommentarCUPK9.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG